

Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 18.10.2016

Verbesserung der Inklusion an Niedersachsens Schulen - Den Sonntagsreden müssen Taten folgen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

„Der Begriff der Inklusion löst den Begriff der Integration ab. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass im Vordergrund die Anpassung der Schule an das Kind steht - nicht umgekehrt.“ Mit diesen Worten hat Kultusministerin Frauke Heiligenstadt im August 2013 die Aufgaben des Landes und der Landesregierung bei der Inklusion in den Schulen beschrieben.

Die Anpassung der Schulen an die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler ist aber auch nach drei Jahren nicht erfolgt. Rund 1 400 Sonderpädagogen (in VZLE) fehlen an Förderschulen und Regelschulen. Dies entspricht 37 000 Stunden pro Woche. Mehr als 20 % der Stunden von Sonderpädagogen fallen daher aus oder werden durch andere Lehrkräfte unterrichtet. Die Lehrkräfte aller Lehrbefähigungen bemühen sich, die Versäumnisse der Landesregierung auszugleichen, stoßen aber immer häufiger an ihre Grenzen. Anstatt die Lehrkräfte zu entlasten, damit sie die Inklusion besser begleiten können, werden sie immer stärker belastet. Für Eltern, Schülerinnen und Schüler hat sich aufgrund des Auslaufens zahlreicher Förderschulen die Wahlfreiheit zwischen Regelschule und Förderschule stark verringert. Die Wahl wird zudem zynisch, wenn als Alternativen nur unterversorgte Förderschulen und schlecht ausgestattete Regelschulen geboten werden. Einzelne Elternvertretungen fordern inzwischen sogar die Aussetzung der Inklusion.

Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler geben in Förder- und Regelschulen ihr Mögliches, um den Mangel an Sonderpädagogen zu kompensieren. Gleichwohl existieren zahlreiche Unklarheiten und Schwierigkeiten in der Praxis, bei denen sich die Betroffenen von der Landesregierung allein gelassen fühlen. Zu diesen Themen gehören der Schülertransport, die Versorgung mit Sozialarbeitern, die Medikamentengabe und Haftungsfragen. Es ist überfällig, dass die niedersächsischen Schulen nicht nur dem Namen nach inklusive Schulen werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. die Unterrichtsversorgung an Förderschulen deutlich zu erhöhen,
2. ein Konzept für eine mittelfristige Vertretungsreserve für Lehrkräfte an Förderschulen zu erarbeiten,
3. einen bedarfsgerechten Ausbau der Studienplatzkapazitäten für das Lehramt für Sonderpädagogik an niedersächsischen Hochschulen im Rahmen von Zielvereinbarungen zu sichern,
4. die Kapazitäten für berufsbegleitende Weiterbildung zu Sonderpädagogen auszubauen und besser zu unterstützen,
5. angehende Lehrkräfte im Rahmen des Studiums besser auf die Anforderungen der inklusiven Schule vorzubereiten,
6. Lehrkräfte durch Fort- und Weiterbildungen sowie ein verbessertes Beratungs- und Unterstützungssystem bei der Umsetzung der Inklusion zu begleiten,
7. einen Schulsozialarbeiter an jeder Schule in Niedersachsen zu finanzieren und dabei insbesondere kurzfristig an den Förderschulen Schulsozialarbeiter einzustellen,

8. notwendige Maßnahmen wie Medikamentengabe und Sondenernährung an niedersächsischen Schulen für alle Beteiligten rechtssicher und vertretbar zu gewährleisten, notfalls über die Hinzuziehung pflegerischen Personals,
9. langfristig die Stundenzahl von Lehrkräften zu reduzieren, damit diese den durch die Inklusion gesteigerten Anforderungen leichter gerecht werden können,
10. ehrenamtliche und andere externe Kräfte im Ganztagsbereich bei Bedarf zu schulen,
11. Ganztagsangebote an Förderschulen zu genehmigen,
12. den Transport von Schülerinnen und Schülern an Förder- und Regelschulen zu Sonderveranstaltungen („interne Schulwege“) zu garantieren und gegebenenfalls über eine Erhöhung des Schulbudgets abzusichern,
13. Schulen in freier Trägerschaft als gleichberechtigten Teil der inklusiven Schule zu verstehen und im Rahmen der Finanzhilfe zu berücksichtigen,
14. die baulichen Maßnahmen zur Inklusion auch für freie Träger von Schulen zu finanzieren.

Begründung

Die Quote der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf, die in Niedersachsen regelbesucht werden, ist in den letzten Jahren u. a. aufgrund des Auslaufens von Förderschulen auf knapp 60 % gestiegen. Den Regelschulen fehlen aktuell oft die Ressourcen, um den Anspruch einer inklusiven Schule tatsächlich gegenüber Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften zu erfüllen.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer